

HAMBURGER

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg • Nr. 1 • Winter 2008/2009

UTSICHTEN

„KONZERN HAMBURG“

Foto: HSH Nordbank



ODER

WIE DAS PROFITPRINZIP DIE STADT BEHERRSCHT

So unbegreiflich die Finanzkrise vielen erscheinen mag, der Hamburger Senat hat eine einfache Erklärung: „Die Gewinne reichten lediglich nicht mehr aus, die Verluste zu decken.“ So kann man das wohl auch sehen, so sagte es jedenfalls Finanzsenator Michael Freytag (CDU) mit Blick auf die HSH Nordbank.

Millionen, Milliarden, wer zählt mit?

Selbst diese kleine Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein hat in der Krise Schwindel erregende Summen verbrannt. Allein 120 Millionen Euro hat die Bank wegen der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers verloren, 250 Millionen in Island, noch viel mehr mit amerikanischen Immobilienkrediten – insgesamt musste sie bisher 2,3 Milliarden Euro abschreiben. Bis zu 30 Milliarden Euro Hilfe soll nun aus dem Rettungspaket des Bundes kommen. Schon im Sommer, als anderswo noch gar nicht von großen Rettungspaketen die Rede war, mussten die Eigentümer – Hamburg, Schleswig-Holstein, die regionalen Sparkassen und die New Yorker Finanzheuschrecke Christopher Flowers – zwei Milliarden frisches Kapital nachschießen.

Es ist kein Geld da? Offenbar doch!

Für die Stadt, der 35 Prozent der Anteile gehören (also eigentlich den Hamburgerin-

nen und Hamburgern), bringt das erhebliche Einbußen. 2008 wird sicher keine Dividende ausgeschüttet, 2009 wohl auch nicht. Das Geld ist zwar nicht im Landeshaushalt eingeplant, die Stadt muss aber dennoch jetzt mit weniger Einnahmen auskommen – und gleichzeitig höhere Ausgaben für die Rettung der Bank stemmen. Gleichzeitig offenbart die Finanzkrise eine große Lüge: Es sei nicht genug Geld da, hieß es jahrelang, um notwendige Ausgaben für Bildung und Soziales abzuwehren. Kitaplätze für alle Hamburger Kinder? Tausende neue LehrerInnen, um den Mangel an den Schulen zu beseitigen? Gut ausgestattete städtische Krankenhäuser? All das wäre zu einem Bruchteil der Krisenkosten bei der HSH Nordbank zu haben gewesen. Doch jetzt wird die Krise wohl als Vorwand genutzt, um uns zu erklären, dass jetzt erst recht nicht genug Geld da sei: Die Stadt müsse sparen, um die Verluste bei der Bank aufzufangen. So müssen nicht nur die Beschäftigten bei der HSH Nordbank die Zeche zahlen, sondern alle Hamburgerinnen und Hamburger.

(Fortsetzung S. 2)

INHALT:

FINANZKRISE	SEITE 1
EDITORIAL	SEITE 2
VOLKSBEGEHREN	SEITE 4
SCHULSTREIK	SEITE 5
MOORBURG	SEITE 6
ELBPILHARMONIE	SEITE 7
AUS FÜR NAZILADEN	SEITE 8
IMPRESSUM	SEITE 8

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 gegründet und setzt sich seitdem aktiv für eine bessere Gesellschaft ein. Wir sind ein Teil der Kämpfe der Arbeiterklasse um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kämpfer der SchülerInnen und Studierenden für mehr Bildung und den freien Zugang zu ihr und der Kämpfe junger Menschen um eine qualifizierte Ausbildung. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht die Profitinteressen der Konzerne. Wir meinen, diese Gesellschaft kann es nur geben, wenn die aktuellen bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage gestellt und geändert werden. Dafür wollen wir kämpfen – kämpfen für eine gerechte Gesellschaft - für den Sozialismus!

Kontakt: Tel. 480 490 0
www.dkp-hamburg.de

40 Jahre 
DKP

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger



Foto: DKP

Die Finanzkrise ist in aller Munde. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht darüber berichtet wird. Erschreckend sind die Folgen. Der Bundestag stellt zusammen mit den Bundesländern 500 Milliarden Euro zur Verfügung.

Aus unserer Sicht handelt es sich hier nicht um eine Finanzkrise, sondern um eine Krise dieser kapitalistischen Gesellschaft. Diese Krise konnte nur entstehen, weil die Jagd nach Profiten im Vordergrund steht, und nicht der Mensch und seine Bedürfnisse.

Mit den 500 Milliarden werden die Verluste der Finanzinstitute sozialisiert – über die Steuern ist jede Hamburgerin und jeder Hamburger daran beteiligt.

Wir meinen: wenn schon die Verluste auf die Menschen dieser Stadt umgewälzt werden, dann muss das auch für die Gewinne gelten. Und dann muss die Stadt auch Einfluss erhalten, um zukünftigen Spekulationen mit Krediten und Hypotheken Einhalt zu gewähren.

Wer glaubt, diese sog. Finanzkrise sei mit 500 Milliarden Euro zu bewältigen, der täuscht sich. Schon werden Forderungen

auch aus anderen Bereichen laut, so zum Beispiel aus der Automobilindustrie, die in Folge der Finanzkrise und aufgrund von Überproduktion mehr als schwächelt. Nach Schätzungen sind rund 90.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Nicht mitgerechnet hunderttausende Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie.

Im Schlepptau der Finanzkrise wird zu hören sein, dass wir wieder einmal den Gürtel enger schnallen müssen, dass wieder gespart werden muss, dass wieder die Tarifforderungen der Gewerkschaften gemäßigt sein sollen. Das bedeutet aber eine weitere Ausdehnung von Armut.

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Selber für die eigenen Interessen aktiv werden, sich organisieren und gegen weitere Kürzungen zur Wehr setzen.

Die DKP Hamburg wird Sie darin unterstützen.

Olaf Harms
Landesvorsitzender

(Fortsetzung von S. 1)

Jede Blase platzt einmal

Alle Beteiligten haben sich nach kapitalistischen Regeln verhalten: Die Hausbesitzer und Konsumenten (nicht nur in Amerika), die sich überschuldeten; die Banken, die deren Kredite am Kapitalmarkt weiterverkauften; die anderen Banken, die wie die HSH Nordbank solche Papiere aufkauften und zum Teil in Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz lagerten; die staatlichen Aufseher, die beide Augen zudrückten – all das brachte allen Seiten Profit, solange all die anderen in dem Spiel auch mitmachten und die Preise für Häuser, Kreditpapiere, Aktien und so weiter nach oben trieben.

Doch irgendwann musste die Blase platzen, weil hinter den auf dem Papier erzeugten Werten nicht entsprechende reale Werte standen. Die Spekulation ist ein Notanker, zu dem Kapitalisten regelmäßig greifen, weil sie zu viel Kapital anhäufen und dafür nicht mehr genügend profitable Investitionsmöglichkeiten in der realen Wirtschaft, in Maschinen, Gebäuden, Computern und so weiter finden. Wenn mit dem Kapital am Finanzmarkt, wie jetzt mit den faulen Kreditpapieren, spekuliert wird, lassen sich eine Zeitlang Scheinprofite einsacken. Doch diese Profite sind nichts anderes als Versprechen auf Werte, die erst in der Zukunft erarbeitet werden müssen. Wenn diese Versprechen unrealistisch erscheinen, platzt die Blase. Von Krise zu Krise wächst das überschüssige Kapital immer weiter, und ebenso wächst die Not der Kapitalisten, sich in die Spekulation zu flüchten – eine Zeitbombe, weil die dann entstehenden Krisen auch immer teurer und schädlicher für die Menschen werden.

Verstaatlichen reicht nicht!

Solange das Profitprinzip herrscht, wird selbst eine Verstaatlichung von Banken nicht viel nützen, um solche Exzesse zu verhindern. Die HSH Nordbank ist ein gutes Beispiel: Die Bank ist ja schon mehrheitlich in Staatsbesitz, bis vor einigen Jahren hatte sie sogar einen öffentlichen Auftrag, die örtliche Wirtschaft zum Wohl der Bürger zu fördern. Doch die Bank hat sich

an den Spekulationsexzessen beteiligt, weil ihr oberstes Ziel eben nicht das Wohl des Volks ist, sondern der Profit. Das passt auch zur Haltung des Hamburger Senats, der die Stadtverwaltung mit ihren Unternehmen insgesamt dem Profit verpflichtet sieht, weniger den sozialen Belangen der Menschen, die hier leben. Senator Freytag spricht ganz offen vom „Konzern Hamburg“.

Was wir fordern

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten ist klar, dass es keine dauerhafte Lösung dieser Probleme innerhalb des kapitalistischen Systems geben kann. Langfristig gibt es nur die eine Alternative: Sozialismus oder Barbarei. Doch auch hier

und heute gibt es notwendige Aufgaben, um das unmenschliche Profitsystem in die Schranken zu weisen. Vor allem geht es darum, die Folgen der Krise für die Arbeiterklasse zu begrenzen.

Die Kosten der Bankenrettung dürfen nicht auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden. Der Staat muss eingreifen, um die Folgen großer Bank- und Unternehmenspleiten zu verhindern, nämlich ein weiteres Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit. Aber zu ganz klaren Bedingungen: Dann dürfen keine Profite mehr für Manager und Aktionäre abgeschöpft werden. Das Geld muss durch höhere Gewinnsteuern und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer hereingeholt werden.

Die Banken müssen nicht nur verstaatlicht, sondern auch demokratisch kontrolliert

werden. Das Volk muss mitentscheiden können, wie die Institute investieren, wie sie Kredite vergeben. Ganz besonders gilt das für die Landesbanken und Sparkassen, die uns sowieso gehören.

Wenn nur noch der Staat die Wirtschaft in Gang halten kann, so wie jetzt, dann muss das Geld so ausgegeben werden, dass es möglichst vielen Menschen nutzt. Welche besseren Investitionen gibt es, als ohnehin notwendige Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Soziales? Außerdem muss die Kaufkraft der Massen durch höhere Einkommen gestärkt werden. Die Krise ist kein Grund, auf Lohn zu verzichten. Im Gegenteil: Gerade deshalb müssen wir der Ausbeutung Grenzen setzen.

ser

Auf einer kleinen Bank vor einer großen Bank

*Worauf mag die Gabe des Fleißes,
die der Deutsche besitzt, beruhn?
Deutschsein heißt – der Deutsche weiß es –
Dinge um ihrer selbst willen tun.*

*Wenn er spart, dann nicht deswegen,
dass er später was davon hat.
Nein, ach nein, Geld hinterlegen
findet ohne Absicht statt.*

*Uns erfreut das bloße Sparen.
Geld persönlich macht nicht froh.
Regelmäßig nach paar Jahren
klaut Ihr's uns ja sowieso.*

*Nehmt denn hin, was wir ersparten
und verludert's dann und wann.
Und erfindet noch paar Arten,
wie man pleite gehen kann.*

*Wieder ist es Euch gelungen,
wieder sind wir auf dem Hund,
unser Geld hat ausgerungen
- Ihr seid hoffentlich gesund.*

*Heiter stehn wir vor den Banken,
Armut ist der Mühe Lohn.
Bitte, bitte, nichts zu danken.
Keine Angst, wir gehen schon.*

*Und empfindet keine Reue.
Leider wurdet Ihr ertappt.
Doch wir halten Euch die Treue,
und dann sparen wir aufs Neue,
bis es wieder mal so klappt.*

Erich Kästner

Dieses Gedicht schrieb Kästner 1931 als Reaktion auf die damalige Bankenkrise. Nach der Pleite der Danat-Bank, damals die zweitgrößte deutsche Bank, gab die deutsche Reichsregierung zunächst eine Garantie für alle Spareinlagen ab. Als trotzdem immer mehr Kunden die Bankschalter stürmten und ihr Geld zurückforderten, verordnete sie mehrere Bankfeiertage. Als das nicht half und eine Bank nach der anderen kollabierte, wurden die meisten Großbanken verstaatlicht. Ab 1933, als die Nazis herrschten und mit der Rüstungsfinanzierung wieder hohe Profite zu verdienen waren, wurden die Banken wieder privatisiert.

WISSEN IST MACHT

Nach dem gescheiterten Volksbegehren „Eine Schule für alle“: Weiter kämpfen gegen Bildungsblockaden



Das Volksbegehren „Eine Schule für alle“ ist im Oktober gescheitert. Es konnten in den zur Verfügung stehenden drei Wochen zwar etwas über 54 000 Unterschriften gesammelt werden, es fehlten aber 10 000, um das nötige Quorum zu erreichen, das die Grundlage für den nächsten Schritt, den Volksentscheid, gewesen wäre. Im Frühjahr vor der Bürgerschaftswahl war es kein Problem gewesen, die notwendigen Unterschriften für die Volksinitiative zu bekommen.

Aber damals unterstützten noch die GAL und weite Teile der SPD das Anliegen eines gemeinsamen Lernens aller Schüler, die sich gegenseitig unterstützen, solidarisch miteinander lernen können, ohne Ausgrenzung und Elitebildung.

Schule als Klassenschule

Chancengleichheit und Förderung vor allem für Kinder aus der arbeitenden Bevölkerung ist eine grundlegende Forderung, die schon von der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erhoben wurde. Wilhelm Liebknecht erklärte 1884 dazu: „Wissen ist Macht“, und kritisierte die Schule als Klassenschule, die dafür sorgen soll, dass Arbeiterkinder als gefügige, fleißige, aber dumme Arbeiter herangezogen werden, die sich Lohnkürzungen und Kommandieren im Betrieb

widerstandslos gefallen lassen. Demgegenüber brauchen die Arbeiter aber das Wissen, um ihre Lage zu erkennen und sich erfolgreich gegen die Ausbeuter zur Wehr setzen zu können. „Eine Schule für alle“ ist dazu ein erster und wichtiger Schritt, da sie die bewusst geplante Ausgrenzung des dreigliedrigen Schulsystems aufheben würde. Deshalb haben wir Kommunisten dieses Volksbegehren auch mit aller Kraft unterstützt und unsere Genossinnen und Genossen waren fleißige Unterschriftensammler.

Wie SPD und GAL das Volksbegehren ausbremsen

Anders die SPD. Trotz der Wahlniederlage fasste sie den Beschluss, dass sie das Volksbegehren nicht unterstützen will. Naumann und die Rechten der SPD wollen sich bereit machen, eventuell doch noch mit der CDU und vor allem der Handelskammer Schulpolitik zu betreiben. Dabei ist für sie unwidersprochene Grundlage das Papier der Handelskammer, das Verschärfungen im Schulbereich (zentrale Prüfungen, verstärkte Auslese, Festhalten von Verspätungen und Fehlzeiten im Zeugnis) und Ausrichtung an den Interessen der Unternehmer fordert. Das hat dazu geführt, dass große Teile der SPD-Anhänger die Unterstützung für das Volksbegehren ablehnten. Vor allem führte dies auch dazu, dass die Unterstützung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund für das Volksbegehren zugesichert hatte, kaum Durchschlagkraft gewinnen konnte. Das Volksbegehren erreichte die arbeitenden Menschen in den Betrieben nicht. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Teile von Ver.di standen weitgehend allein.

Die GAL hat nach ihrem Bündnis mit der CDU sofort ihre bisherige Unterstützung des Volksbegehrens vor der Wahl aufgekündigt, sie vertritt nun die sechsjährige Primarschule, am Ende soll es ohne Elternwillen nur nach Notenstand die Auslese in Richtung Gymnasium (Elite) und Stadtteilschule (Restschule) geben. Sie bekämpfte daher das Volksbegehren offensiv, als Gefährdung ihres „Kompromisses“ mit der CDU. Im Übrigen verteidigt sie nun auch das früher von ihr kritisierte Büchergeld, das Eltern zahlen müssen.

Rückschlag für demokratische Schulreform

So war das Sammeln der Unterschriften recht schwierig. Eine Reihe von Angesprochenen argumentierte, mein Kind soll aufs Gymnasium gehen, es besser haben als ich. Das ist der Versuch, die Hoffnung, individuell eine Lösung für das eigene Kind zu finden. Eine Illusion, die den Klassencharakter der Schule im Kapitalismus verkennt. Diese soll eben dafür sorgen, dass es nicht allen besser geht.

Das Volksbegehren ist gescheitert, ein schwerer Rückschlag für eine demokratische Schulreform, dabei bräuchte unsere Gesellschaft durchaus alle Talente um die großen Krisen zu meistern, eine neue Welt zu gestalten. Und, die Probleme der Schule bleiben. Soziale Ausgrenzung wird in Deutschland nach wie vor so stark sein wie in keinem anderen Land der Welt. Belastungen der Schüler durch zu große Klassen, Schulstress bei den zentralen Prüfungen, die zur Auslese notwendig sind, finanzielle Belastungen durch Büchergeld, die von der Deutschen Bank verbreitete Ideologie des „Humankapitals“, oberster Maßstab des Bewirtschaftens der „Autonomen Schulen“, werden weiterhin das Bild der Hamburger Schulen prägen. Für die Schüler wird sich so an ihrer Situation nichts ändern. Die Zukunftsperspektiven auf dem hart umkämpften Arbeitsmarkt sind für die übergroße Mehrheit düster.

Schüler kämpfen selbst für ihre Interessen

Diese Widersprüche haben nun die Schüler selbst auf die Straße gebracht. In Hamburg haben am 12. November zwischen 6000 und 10 000 (laut Veranstalter) Schüler und Schülerinnen ihrem Unmut mit der Bildungspolitik Luft gemacht. Die Forderungen waren vielfältig, wenig konzentriert, aber sie zeigten, dass die Schüler nicht wollen, dass es so weitergeht. Bundesweit haben an diesem Tag in 40 Städten 100 000 junge Menschen ihren Willen nach einer anderen Zukunft, nach einem Wechsel in der Bildungspolitik geäußert. Bildungsblockaden abbauen, wir wollen es und wir können es.

100.000 FÜR BESSERE BILDUNG AUF DER STRASSE

SCHÜLERSTREIKS BUNDESWEIT



Am 12. November war es so weit: In ganz Deutschland gingen Schülerinnen und Schüler für ihr Recht auf Bildung auf die Straße. Insgesamt über 100.000 blieben dem Unterricht fern, um in mehr als 40 Städten vor die Klassenzimmer zu gehen. Mit selbst gemalten Transparenten, originellen Demosprüchen und vor allem lautstark setzten sie ein kreatives und deutliches Zeichen: „Wir sehen nicht länger zu, wie ihr unsere Zukunft ruiniert!“ Für bundesdeutsche Verhältnisse ist der Protest ein gelungener Anfang – und sicher nicht das Ende. Die Verhältnisse im deutschen Bildungswesen sind das erste Mal seit langem thematisiert worden – zur Überraschung von Medien und der Kanzlerin.

Einschüchterungsversuche nutzen nichts

Auch die Einschüchterungsversuche von ewig gestrigen Rektoren haben an vielen Orten nichts genutzt. Abmahnungen? Ja klar. Aber da die Schüler nicht schwänzen wollten, wie ihnen häufig unterstellt wurde, sondern für eine gerechte, demokratische Bildungspolitik demonstriert haben, werden diese Repressionen auf die Verantwortlichen selbst zurückfallen.

Widerstand ist bitter notwendig

In manchen Orten haben sich Berufsfunktionäre aus den Jugendverbänden der gro-

ßen Koalition – vor allem der Jungen Union – dazu hinreißen lassen, den Schülern das Recht auf ihren Protest abzusprechen, und sind verbal gegen die Demonstranten vorgegangen. Für die SDAJ, deren Mitglieder sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Schülerproteste beteiligt haben, wirkt das sehr merkwürdig: Fast könnten wir den Eindruck gewinnen, dass diese Funktionäre nie eine deutsche Schule besucht haben. Sonst wüssten sie, dass Widerstand gegen den anhaltenden Bildungsabbau und die verfestigten Zustände an deutschen Schulen bitter notwendig ist.

Instrumentalisiert? Von wegen!

Mindestens genauso peinlich ist der Versuch, den Schülern zu unterstellen, dass sie sich von linken und sozialistischen Jugendorganisationen wie der SDAJ instrumentalisieren ließen. Dieser Vorwurf ist eine Frechheit gegenüber all denen, die während der Unterrichtszeit ihre Klassenzimmer verlassen haben, um auf die systematischen Missstände im deutschen Bildungssystem aufmerksam zu machen. Und es ist ebenfalls eine Frechheit, den Aktivisten zu unterstellen, sie würden ihre Mitschüler instrumentalisieren. Viele Schüler haben in ihrer Freizeit gearbeitet, um Flugblattverteilungen vor Schulbeginn zu organisieren und um Forderungen zu diskutieren. Sie haben das getan, um sich

und ihren Klassenkameraden eine bessere Bildung und eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Für ein gerechtes Schulsystem

Die SDAJ hat den Schulstreik tatkräftig unterstützt. In ihr sind Schüler organisiert, die für ein gerechtes Schulsystem kämpfen. Wir sind davon überzeugt, dass wir dann erfolgreich sein können, wenn die Schüler ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und für ihre Rechte kämpfen. Denn unser Bildungssystem verbaut großen Teilen der Jugend systematisch ihre Zukunft. Durch soziale Auslese, Konkurrenzdruck und immer weiter um sich greifende Privatisierung haben immer weniger Jugendliche eine Chance, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Den Zukunftskillern Paroli bieten

Die SDAJ wird weiterhin Proteste, Streiks und Aktionen unterstützen. Gemeinsam mit der lernenden Jugend werden wir überall da streiten, wo man unsere Zukunft aufs Spiel setzt. Das muss nicht immer ein bundesweiter Streik sein. Wir setzen uns ein, wenn wir uns die Preise in der Schulmensa nicht mehr leisten können, wenn die nächste Vergleichsarbeit ansteht, wenn Kopfno-



ten eingeführt werden sollen oder ein engagierter Referendar nicht übernommen werden soll. Wir bieten den Zukunftskillern Paroli, jetzt und in Zukunft, an den Schulen, an den Unis und im Betrieb.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
(SDAJ) Hamburg

STADTWERKE ODER BLENDWERK?



Foto: Robin Wood, Klimacamp 2008

Im Gegenzug zum Ja für das Kohlekraftwerk Moorburg haben die Grünen eine neue städtische Energiegesellschaft ohne Konzerneinfluss ins Spiel gebracht. Eigentlich eine vernünftige Idee. Doch so wie es aussieht, sind die "grünen" Stadtwerke nicht mehr als ein Alibi. Ohne die Energiekonzerne anzugreifen, läuft da gar nichts ...

Hamburgs Grün-Alternative Liste (GAL) hat in rekordverdächtigen sechs Monaten ihre drei wichtigsten Wahlversprechen gebrochen. Schon in den Koalitionsverhandlungen mit Ole von Beusts CDU im Frühjahr stimmte sie der Elbvertiefung zu. Die Spitzenkandidatin in der Bürgerschaftswahl, Christa Goetsch, verzichtete dann gleich auch noch auf ihr Lieblingsprojekt - die neunjährige Gemeinschaftsschule. Schließlich wollte sie im April zur Schulsenatorin gekürt werden, was ihr auch gelang. Die Grünen-Basis störte das nicht. Die Macht winkte, und über 90 Prozent der GALier stimmten dem Koalitionsvertrag mit den Konservativen zu.

Hamburgs Nullsummen-Klimapolitik

Ende September kam dann die Horrormeldung für das Hamburger Klima. Die grüne Umweltsenatorin Anja Hajduk genehmigte den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg. Von den Umweltverbänden hagelte es Kritik: Moorburg werde den Kohlendioxid-Ausstoß Hamburgs um 40 Prozent erhöhen. Da helfe es nicht, dass der Senat den restlichen CO₂-Ausstoß der Stadt um 40 Prozent reduzieren wolle - bis 2020 wohl-

gemerkt, da ist Moorburg schon längst am Netz. Klimafreundliche Alternativen wie erneuerbare Energien und Erdgas prüfte Hajduk gar nicht erst. Schließlich will man dem Kraftwerksbetreiber Vattenfall die saten Profite nicht nehmen. Dass darunter die Anwohner und das Klima leiden, focht die GAL-Mitglieder erneut nicht an. Bei der Landesmitgliederversammlung zum Fall Moorburg stimmten wieder mehr als 90 Prozent für die schwarz-grüne Koalition. Nicht nur die Grünen-Wähler schauen jetzt in die Röhre.

Knebelvertrag mit Vattenfall

Um die Grünen-Mitglieder auf der sicheren Seite zu wissen, hatte die GAL den Vorschlag neuer Hamburger Stadtwerke aus dem Hut gezaubert. Nicht wirklich ernst nimmt dies Energieexperte Dirk Seifert von der Umweltorganisation "Robin Wood". Er hält das Stadtwerke-Projekt für „Blendwerk“ und „Schmiermittel“, um die GAL-Basis einzulullen. Die Gas- und Fernwärmeleitungen in Hamburg seien nämlich noch bis 2014 vermietet. Und die Stadtverwaltung habe einen langjährigen Stromversorgungsvertrag mit Vattenfall. Neue Kraft-

werke dauerten im Anschluss vier bis acht Jahre von der Planung bis zum Bau. In naher Zukunft sei für die Stadtwerke also gar kein Markt zu bedienen.

Soziale und ökologische Energiepolitik - nur gegen die Konzerne

Doch hat die Stadtwerke-Idee andernorts viel Zuspruch bekommen. "Die Linke fordert ein starkes öffentliches 'Stadtwerk aus einem Guss', das mindestens in den Bereichen Strom, Gas, Wärme, Wasser tätig ist. Denn es zeigt sich deutlich, dass mit den Konzernen Eon, Vattenfall & Co eine soziale Energieversorgung nicht zu haben ist - genauso wenig wie eine ökologische. Wenn allein der Konzerngewinn im Vordergrund steht, wird man den Menschen nicht gerecht", erklärte Dora Heyenn, Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin der Linken in der Bürgerschaft.



Foto: Robin Wood, Klimacamp 2008

Vattenfall und Eon enteignen!

Wenn nun aber neue Stadtwerke unsinnig sind, weil Vattenfall und Eon die Versorgungsverträge über Jahre im Griff haben und man Die Linke beim Wort nimmt, kann es nur eine Lösung geben: „Rekommunalisierung“, wie es im Jargon der Linkspartei heißt. Im Klartext: die Privatisierung von HEW und Hein-Gas muss zurückgenommen und die Betriebe von Vattenfall und Eon enteignet werden. Auch das kann, wie die überfällige Verstaatlichung der Banken, nur ein erster Schritt sein zu einer Gesellschaft, in der auch alle anderen Produktionsmittel vergesellschaftet sind und dann zum Nutzen der Menschen eingesetzt werden. Sozialismus also - so nennt es die DKP.

MILLIONENGRAB ELBPHILHARMONIE



Foto: FHH

Neue Rechnung von Hochtief: Wieder einmal hat der Senat die Stadt einem Privatkonzern ausgeliefert

Wie die Oper von Sydney soll die Elbphilharmonie werden: ein architektonisches Highlight, eine weltweit bekannte Touristenattraktion für Hamburg. So schwärmt regelmäßig Bürgermeister Ole von Beust (CDU). Wahrscheinlich will er sich mit dem neuen Konzerthaus in der HafenCity auch ein Denkmal setzen. Seit April 2007 wird daran gebaut.

Tempel der Bourgeoisie

Alle damaligen Rathausparteien (CDU, SPD, GAL) hatten dafür gestimmt, das Konzerthaus im Hafen durch ein privates Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung – eine “public private partnership” (PPP) – bauen zu lassen. Zur Planungszeit war noch von 186 Millionen Euro die Rede. Bisher flossen aber schon 243 Millionen Euro Staats- und Spendengelder in den gemeinsamen Pott, mit dem der Baukonzern Hochtief eine luftige Krone auf den entkernten Kaispeicher A setzen sollte. Jedes einlaufende Schiff solle den „Tempel der Bourgeoisie“, wie Kritiker ihn bezeichneten, bestaunen können.

Kosten verdoppelt

Mittlerweile hat Hochtief dem Senat eine neue Rechnung ausgestellt. Der Bau-Riese will nun laut Medienberichten die doppelte Summe: fast eine halbe Milliarde Euro. Als Begründung nennt Hochtief gestiegene Kosten, besonders der hohe Stahlpreis belastete das Unternehmen. Wie hoch die Rechnung tatsächlich ausfällt und wie viel davon aus dem Hamburger Landeshaushalt bezahlt wird, darüber tappt die Öffentlichkeit seit Monaten im Dunkeln. Und das sind erst die Baukosten. Wer glaubt, dass der laufende Betrieb nach der Eröffnung für die Stadt kostenlos wird?

Öffentliches Geld, private Ausgabe

Eben wegen des PPP-Modells hat die Opposition Schwierigkeiten, die Regierung zu zwingen, die Belastung der Steuerzahler öffentlich zu machen. Denn die Elbphilharmonie-Baugesellschaft ReGe ist als PPP formal ein privates Unternehmen. Der Einfluss des Senats reicht aber immerhin so weit, dass Kultursenatorin Karin von Welck

im September den ReGe-Geschäftsführer Hartmut Regener feuern konnte - ein Baupfer.

Chefsache von Beust

Dabei hat Ole von Beust in der Bürgerschaft richtigerweise eingeräumt: „Natürlich habe ich die Verantwortung. Ich bin der Bürgermeister. Ich muss nicht vorher den Stempel ‚Chefsache‘ daraufsetzen.“ Diese Verantwortung hält ihn allerdings nicht davon ab, das Projekt um jeden Preis durchzupeitschen. Wenn jemand seinen Posten räumen müsste, dann nach dieser Logik doch wohl Beust selbst. Aber solange das nicht passiert (oder ein anderer der Elbphilharmonie-Fans im Rathaus ans Ruder kommt), gibt es wohl keine Hoffnung, dass die Stadt so leicht aus dieser Nummer rauskommt.

Parlament entmachtet

Der Vertrag mit Hochtief sei “kompliziert”, erklärte der Bürgermeister. “Aber kompliziert ist nicht immer schlecht”, betont Ole von Beust. Trotzdem könne er keine konkreten Zahlen nennen - angeblich, um die Verhandlungsposition gegenüber Hochtief nicht zu schwächen. Klar Schiff zu machen würde den Interessen Hamburgs schaden, behauptete Kultursenatorin von Welck. Meint da noch jemand, die Bürgerschaft würde über den Haushalt der Stadt entscheiden? Das Parlament hat sich mit dem PPP-Beschluss selbst entmachtet. Mit Demokratie hat das nicht viel zu tun.

Erfolgsmodell Sydney?

Die Oper von Sydney übrigens wurde 1973 nach 14 Jahren statt geplanter sechs Jahre Bauzeit fertig, die Kosten waren gegenüber der ursprünglichen Planung fast auf das Fünfzehnfache gestiegen. Und das, obwohl der Architekt Jørn Utzon zum Schluss entnervt aufgegeben hatte und eine billigere Variante gebaut wurde. Die Akustik soll nicht so toll sein. Immerhin bietet das Opernhaus jetzt Platz für die Finalshows von “Australien sucht den Superstar”.

NAZI-LADEN VERHINDERT!



Foto: Recherche Nord

Antifaschistische Proteste haben die Schließung eines Nazi-Ladens in der Hamburger Innenstadt erreicht - nur knapp einen Monat nach seiner Eröffnung. Am 25. September hatte ein Geschäft namens „Brevik“ in der HSH-Nordbank Shopping-Passage mit dem Verkauf beginnen wollen.



In dem Einkaufszentrum an der Spitalerstraße wurde „Thor Steinar“-Bekleidung angeboten. Die Marke wird von Faschisten vertrieben und von Neonazis gekauft. Erste Proteste führten zu einer verspäteten Eröffnung am 25. September. Ein Bank-Sprecher zeigte sich schockiert wegen den Nazi-Auslagen im Geschäft und kündigte eine umgehende Unterbrechung des Geschäftsbetriebs an.

Nach fast täglichen Spontan-Protesten, mehreren Kundgebungen und viel Medienwirbel gab die Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein mit einigen Wochen Verspätung schließlich bekannt, der Nazi-Laden „Brevik“ müsse am 31. Oktober den Verkauf einstellen. Nach Presseberichten sollen bis zu 800.000 Euro Entschädigung an die Betreiberfirma

Foto: Recherche Nord



Und im Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 werden militante Neonazis mit der NPD die Wahltrummel rühren. Dann wird die Erfahrung aus dem Widerstand gegen den Nazi-Laden in der Spitalerstraße großen Wert haben: Mit antifaschistischen Bündnissen lässt sich öffentlicher Druck machen und verhindern, dass diese Menschenfeinde sich breit machen. Spätestens dann müssen wir uns wieder versammeln unter der Losung:

Keine Nazis in die Parlamente!

mk

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ

Che würde UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name

Vorname

Telefon

Geburtsjahr

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de



IMPRESSUM:

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg
Lindenallee 72,

20259 Hamburg

Telefon (040) 480 49 00

www.dkp-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Olaf Harms, Lindenallee 72,
20259 Hamburg